

# Newsletter 2/2015

des Deutschen Landkreistages zum SGB II

## IN DIESER AUSGABE

### ► Im Fokus

- Ausgabenentwicklung im SGB II von 2005 bis 2014
- Kürzung der Verpflichtungsermächtigungen teilweise zurückgenommen
- Keine Revision der KdU-Bundesbeteiligung für 2012
- Bundesprogramm Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt
- Rückblick: Tag der kommunalen Jobcenter

### ► Weitere Themen auf Bundesebene

- Zuteilungen und Umschichtungen in den Jobcentern
- BMAS beendet anhängige Erstattungsverfahren
- Bundestagsanhörung zum Abbau von Langzeitarbeitslosigkeit
- SGB II-Sanktionen: Bundestagsanhörung und Vorlagebeschluss an das BVerfG
- Angemessenheit der KdU: BMAS schreibt Gutachten aus
- Assistierte Ausbildung gesetzlich verankert
- Umstellung von familienversicherten Alg II-Beziehern auf Pflichtversicherung zum 1.1.2016
- Überblick zur Zusammenarbeit im SGB II
- Forderungseinzug in gemeinsamen Einrichtungen
- Netzwerke für Aktivierung, Betreuung und Chancen
- Wohngeldstatistik 2013

### ► Termine

**KOMMUNEN**  
für Arbeit



DEUTSCHER  
LANDKREISTAG

## >>> IM FOKUS

### >> Ausgabenentwicklung im SGB II von 2005 bis 2014

Die Ausgaben für kommunale Leistungen und für Bundesleistungen haben sich im SGB II seit 2005 gegenläufig entwickelt. Während die Zahl der SGB II-Empfänger von 2005 bis 2014 insgesamt um ca. 10 % gesunken ist und die Ausgaben des Bundes um ein Fünftel zurückgegangen sind, sind die überwiegend kommunal zu tragenden Unterkunftskosten aufgrund der Mietpreis- und Energiekostenentwicklung bundesweit um ca. 14 % gestiegen. Darüber hinaus zeigt sich auch im Ländervergleich ein sehr uneinheitliches Bild: Während in den östlichen Flächenländern die kommunalen Kosten gesunken sind, sind sie im Westen und in den Stadtstaaten um über 20 % gestiegen.

Die Entwicklung zeigt, dass die Situation im SGB II nicht nur vom Arbeitsmarkt, sondern in Bezug auf die Lebenssituation der Familien im Leistungsbezug auch immens von der Lage am Wohnungsmarkt abhängt. Zudem belegt die Kostenstatistik, dass das SGB II für die Landkreise mehr und mehr zum Ausgaben-treiber wird.

[vertiefend: DLT-RS 347/2015 vom 25.6.2015]

### >> Kürzung der Verpflichtungsermächtigungen teilweise zurückgenommen

Das BMAS hat den Jobcentern wegen der Bundesprogramme für Langzeitarbeitslose deutlich reduzierte Verpflichtungsermächtigungen für die nächsten drei Jahre zugeteilt. Nach Kritik des DLT sowie auch der Länder werden die Kürzungen der Verpflichtungsermächtigungen etwa zur Hälfte durch neue Zu-teilungen aufgefangen.

[vertiefend: DLT-RS 285/2015 vom 22.5.2015]

### >> Keine Revision der KdU-Bundesbeteiligung für 2012

Das BSG hat entschieden, dass die KdU-Bundesbeteiligung für das Bildungspaket im Jahr 2012 als unabänderliche Pauschalzahlung erfolgt sei, die nicht nachträglich wegen geringerer Aufwendungen zu korrigieren sei. Der Bund erstattet den Ländern derzeit die einseitig aufgerechneten Mittel.

[vertiefend: DLT-RS 316/2015 vom 9.6.2015 und 151/2015 vom 10.3.2015]

## >> Bundesprogramm Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt

Die Förderrichtlinie für das Bundesprogramm Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt ist im Bundesanzeiger veröffentlicht worden. Die Frist zur Antragstellung lief bis zum 30.6.2015. Vorgesehen ist die Förderung von 10.000 Arbeitsverhältnissen, die zusätzlich und wettbewerbsneutral sein sowie im öffentlichen Interesse liegen müssen. Erstempfänger sind ca. 100 Jobcenter, Letztempfänger die jeweiligen Arbeitgeber. Das Programm läuft bis Ende 2018. Das BMAS hat mitgeteilt, dass Projekte für ca. 20.000 Arbeitsplätze eingereicht worden seien. Insofern wird das Bundesministerium eine Auswahl zu treffen haben. Geplant ist, bis Mitte August die Bescheide zu versenden.

[vertiefend: DLT-RS 256/2015 vom 8.5.2015]

## >> Rückblick: Tag der kommunalen Jobcenter (TkJ)

Der DLT blickt zurück auf einen erfolgreichen Tag der kommunalen Jobcenter, der am 12.5.2015 in Berlin stattgefunden hat. Unter der Überschrift „Perspektiven des SGB II – Wo stehen wir in zehn Jahren?“ wurden mögliche Entwicklungen der kommenden zehn Jahre mit Blick auf die kommunalen Jobcenter beleuchtet und diskutiert.

Die mit über 300 Personen gut besuchte Veranstaltung ist inzwischen ein fester Termin für die Praktiker in den kommunalen Jobcentern, für Fachöffentlichkeit, Wissenschaft und Politik geworden. Der DLT erstellt derzeit eine Tagungsdokumentation und wird sich insbesondere mit den in den Fachforen zur Diskussion gestellten Thesen weiter beschäftigen.

## >>> WEITERE THEMEN AUF BUNDESEBENE

### >> Zuteilungen und Umschichtungen in den Jobcentern

Die Jobcenter müssen jährlich dreistellige Millionenbeträge vom Eingliederungsbudget in das Verwaltungskostenbudget umschichten. Insgesamt überschreiten die Verwaltungsausgaben der Jobcenter deutlich den Budgetansatz des Bundes. Bezogen auf den Soll-Ansatz der Verwaltungsmittel hat sich der Anteil von 2011 mit 4,3 % auf 12,4 % im Jahr 2014 annähernd verdreifacht. Damit sind die Umschichtungsbeträge in dieser Zeit von 177 Mio. € auf rund 0,5 Mrd. € angestiegen.

Der DLT fordert sowohl eine angemessene Mittelausstattung für die Jobcenter als auch die Anpassung der Verwaltungskostenansätze an die tatsächlichen Verwaltungsausgaben der Jobcenter.

[vertiefend: DLT-RS 331/2015 vom 12.6.2015]

## >> BMAS beendet anhängige Erstattungsverfahren

Nach langer Prüfung hat das BMAS ein Dutzend anhängiger Gerichtsverfahren zwischen einzelnen Optionskommunen und dem Bund beendet. Erfasst sind alle Verfahren nach der alten Rechtslage – also vor Einfügung des öffentlich-rechtlichen Erstattungsanspruchs in § 6b Abs. 5 SGB II –, bei denen es um Erstattungsforderungen wegen Eingliederungsmaßnahmen oder Einkommensanrechnung geht.

Soweit darüber hinaus andere Erstattungsansprüche streitig oder anhängig sind – dies betrifft insbesondere die Frage der Verwaltungskosten und der Säumniszuschläge sowie Zeiträume nach der neuen Rechtslage –, strebt das BMAS eine erneute höchstgerichtliche Klärung an.

[vertiefend: DLT-RS 162/2015 vom 17.3.2015]

## >> Bundestagsanhörung zum Abbau von Langzeitarbeitslosigkeit

Der Bundestagsausschuss für Arbeit und Soziales hat am 18.5.2015 eine Anhörung zum Abbau von Langzeitarbeitslosigkeit durchgeführt. Der DLT war als Sachverständiger für die kommunale Seite geladen und hat insbesondere die Kritikpunkte am diesbezüglichen Konzept des BMAS transportiert.

[vertiefend: 278/2015 vom 19.5.2015]

## >> SGB II-Sanktionen: Bundestagsanhörung und Vorlagebeschluss an das BVerfG

Der Bundestagsausschuss für Arbeit und Soziales hat zudem am 29.6.2015 eine Anhörung zu den Sanktionsregelungen im SGB II durchgeführt. Der DLT hat eine Vereinfachung und Harmonisierung der Vorschriften – vor allem in Bezug auf die Streichung der strengeren Sonderregelungen für unter 25-Jährige – eingefordert, gleichzeitig aber die generelle Notwendigkeit eines Sanktionsinstrumentariums unterstrichen.

Die Sanktionsregelungen sind darüber hinaus Gegenstand eines Beschlusses des Sozialgerichts Gotha zur Vorlage beim Bundesverfassungsgericht. Das Gericht hält die Regelungen für verfassungswidrig, da sie gegen das Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums, die Berufsfreiheit sowie das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit verstießen.

[vertiefend: DLT-RS 351/2015 vom 30.6.2015]

>> Angemessenheit der KdU: BMAS schreibt Gutachten aus

Das BMAS hat einen Gutachtenauftrag zur Erarbeitung von Regelungsmöglichkeiten im Hinblick auf den unbestimmten Rechtsbegriff der Angemessenheit der Bedarfe für Unterkunft und Heizung nach § 22 Abs. 1 S. 1 SGB II ausgeschrieben. Der Deutsche Landkreistag gehört der diesbezüglichen Steuerungsgruppe an. Der zu vergebende Auftrag wird eine Laufzeit von 18 Monaten haben, so dass bis dahin nicht mit Lösungen im Bereich KdU zu rechnen ist, zumal derzeit auch eine konkrete Normenkontrolle in dieser Frage beim BVerfG anhängig ist.

[vertiefend: DLT-RS 120/2015 vom 26.2.2015]

>> Assistierte Ausbildung gesetzlich verankert

Mit dem Fünften Gesetz zur Änderung des Vierten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze wurde u. a. das Instrument der Assistenten Ausbildung im SGB III sowie im SGB II verankert. Die Regelungen sind zum 1.5.2015 in Kraft getreten.

[vertiefend: DLT-RS 226/2015 vom 22.4.2015 und 183/2015 vom 27.3.2015]

>> Umstellung von familienversicherten Alg II-Beziehern auf Pflichtversicherung zum 1.1.2016

Mit Wirkung zum 1.1.2016 entfällt der Vorrang der Familienversicherung für Bezieher von Arbeitslosengeld II mit der Folge, dass die bislang familienversicherten Personen ab diesem Zeitpunkt versicherungspflichtig werden. Mit dem Versicherungsstatuswechsel greift ein gesetzliches Krankenkassenwahlrecht, das seitens des Versicherten beginnend mit dem 1.1.2016 für zwei Wochen ausgeübt werden kann. Die Jobcenter sollten sich frühzeitig darauf einstellen und entsprechende Vorkehrungen treffen.

[vertiefend: DLT-RS 225/2015 vom 22.4.2015]

>> Überblick zur Zusammenarbeit im SGB II

Die Bundesregierung stellt in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage dar, welche Formen der Zusammenarbeit es im Bereich des SGB II gibt und welche Ergebnisse dabei über die Jahre erzielt wurden. Der Überblick über die Arbeitszusammenhänge veranschaulicht die Vielzahl der Prozesse.

[vertiefend: DLT-RS 300/2015 vom 1.6.2015]

## >> Forderungseinzug in gemeinsamen Einrichtungen

In gemeinsamen Einrichtungen erfordert die Bearbeitung von Forderungen der SGB II-Träger durch die BA eine entsprechende Übertragung hoheitlicher Befugnisse seitens der Landkreise. Dabei sind die Wahrnehmung der Aufgabe und die Bewirtschaftungsbefugnis für kommunale Haushaltsmittel getrennt zu betrachten: Die SGB II-Aufgaben einschließlich des Forderungseinzuges werden gesetzlich von der gemeinsamen Einrichtung wahrgenommen; für die Übertragung der Bewirtschaftungsbefugnis des kommunalen Trägers sind die landesrechtlichen Maßgaben zu beachten. Ob und unter welchen Voraussetzungen die Bewirtschaftungsbefugnis für kommunale Forderungen auf die BA übertragen werden kann, ist nach den jeweiligen landesrechtlichen Bestimmungen zu prüfen.

[vertiefend: DLT-RS 299/2015 vom 1.6.2015]

## >> Netzwerke für Aktivierung, Betreuung und Chancen

Das BMAS hat seine Vorstellungen zur intensivierten Unterstützung von Langzeitarbeitslosen konkretisiert und weiterentwickelt. Dabei hat es die Kritik am irreführenden Begriff „Aktivierungszentren“ aufgenommen und beabsichtigt nun „Netzwerke für Aktivierung, Betreuung und Chancen“. Über die konkrete Ausgestaltung des Aktivierungsansatzes entscheiden die Jobcenter vor Ort. Klarer gefasst ist nun auch, welche Unterstützung das BMAS anbieten will.

[vertiefend: DLT-RS 163/2015 vom 17.3.2015]

## >> Wohngeldstatistik 2013

Das Statistische Bundesamt hat die Wohngeldstatistik 2013 veröffentlicht. Danach bezogen am Jahresende 2013 rund 665.000 Haushalte Wohngeld, was 1,7 % aller privaten Haushalte entspricht. Im Vergleich zum Vorjahr 2012 ging damit die Zahl der Wohngeldhaushalte um 15 % zurück, was den seit 2010 anhaltend rückläufigen Trend fortsetzt.

[vertiefend: DLT-RS 358/2015 vom 3.7.2015]

>>> **TERMINE**

20.8.2015	BLA-AG Steuerung
14./15.9.2015	BLA-AG Verwaltungskosten
16.9.2015	BLA-AG Steuerung
24.9.2015	BLA-AG Eingliederung
29.9.2015	BLA-AG Zentrale IT
12.10.2015	DLT-Arbeitskreis gemeinsame Einrichtungen in Berlin
15.10.2015	Expertenkreis SGB II-Statistik in Nürnberg
22.10.2015	BLA-AG Steuerung
11.11.2015	Projektleitung Benchlearning der Optionskommunen beim DLT in Berlin
12.11.2015	Arbeitskreis Option beim DLT in Berlin
18.11.2015	BLA-AG Personal
26.11.2015	Interne Fachtagung Benchlearning der Optionskommunen in Berlin
26.11.2015	BLA-AG Eingliederung
8./9.12.2015	BLA in Berlin
10.12.2015	BLA-AG Steuerung

BLA: Bund-Länder-Ausschuss nach § 18c SGB II

>>> **ÜBER DIESEN NEWSLETTER**

Der mehrmals jährlich erscheinende Newsletter *Option direkt* rund um aktuelle Fragen und Entwicklungen der kommunalen Jobcenter richtet sich an alle an diesen Themen Interessierte und ist öffentlich zugänglich. Daneben steht der Newsletter in den DLT-Internet-Foren zum Abruf bereit.

Wenn Sie diesen Newsletter regelmäßig erhalten wollen, senden Sie eine kurze E-Mail an [soziales-arbeit@landkreistag.de](mailto:soziales-arbeit@landkreistag.de) mit dem Betreff „Newsletter Option direkt“.

Berlin, im Juli 2015

DEUTSCHER LANDKREISTAG  
Ulrich-von-Hassell-Haus  
Lennéstraße 11  
10785 Berlin

[www.landkreistag.de](http://www.landkreistag.de)  
[info@landkreistag.de](mailto:info@landkreistag.de)  
[soziales-arbeit@landkreistag.de](mailto:soziales-arbeit@landkreistag.de)